

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt



Druckanstalt: Tagesblatt Riesa.
Gemeine Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontonummer: Dresden 1530
Witrolle Riesa Nr. 22.

Nr. 176.

Mittwoch, 30. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bemerkung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemittelte Rabatt erhält, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

10 Jahre Weltgeschichte. August 1914-1924.

1914. Zwischen der Londoner Konferenz, auf der seit unter unglücklichen Umständen eine Lösung zur Sicherung des europäischen Friedens gefunden werden soll, und dem 1. August 1924, dem zehnten Jahrestag des Ausbruchs des Weltkrieges, besteht ein unmittelbarer Zusammenhang, den hoffentlich die in London verammelten Staatsmänner befeuern werden, um der europäischen Politik eine Entwicklung zu geben, die aus den Gefahren eines neuen Krieges herausführt. Die furchtbaren Folgen des Weltkrieges sind noch immer nicht überwunden, und wenn die europäischen Staatsmänner nicht die wirklichen Ursachen der Herrichtung Europas erkennen werden, so wird sich das entsetzliche Unglück, das vor 10 Jahren über Europa hereinkam, in nicht allzu fernem Zukunft in irgend einer Form wiederholen müssen. Der Versailler Friedensvertrag hat die Konflikte hauseinander verdrängt, anstatt sie zu beseitigen. Er hat eine Nation gegen die andere ausgespielt und kaum ein Land in ganz Europa voll befriedigen können, nicht einmal Frankreich, das sich heute vielleicht in einer Lage befindet, die viel gefährlicher ist, als die kritischen Tage von 1914, wo es sich angeblich von einem militärisch gestützten Deutschland bedroht glaubte. Wenn Herriot die historischen Zusammenhänge zwischen dem 1. August 1914 und dem 1. August 1924 richtig zu erklären weiß, dann muß ihm klar werden, daß Frankreich heute isoliert dasteht und Gefahr läuft, finanziell und wirtschaftlich von der ganzen Welt boykottiert zu werden. Noch ist Deutschland nicht zur Londoner Konferenz zugezogen, und schon sieht sich, daß für die Forderungen Frankreichs außer Belgien kein einziges Land irgendwelches Verständnis besitzt und die Fortsetzung der französischen Politik überall schroff abgelehnt wird. Er muß erkennen gelernt haben, daß die Zeiten endgültig vorbei sind, wo Frankreich sich in seiner Feindschaft gegen Deutschland von der halben Welt unterstützt wußte, und es kann ihm auch nicht entgangen sein, daß dieselben Mächte, die 1914 nicht schnell an die Seite Frankreichs treten konnten, heute einen geschlossenen Block gegen die französische Politik bilden.

Der Weltkrieg hat seinen der beteiligten Nationen irgendwelche Vorteile gebracht. Diejenigen Völker, die sich mit der Waffe in der Hand gegenüberstanden haben, müssen heute noch unter den schweren Folgen des Krieges leiden. In England ist es nicht gelungen, die Katastrophe der Arbeitslosigkeit zu beheben, Frankreich muß in der Hauptsache aus eigener Schuld eine schwere Finanzkrise durchmachen, Rußland ringt um seine nackte Existenz und Deutschland hat seinen Wohlstand einbüßen müssen. Nur Amerika, das aus dem Kriege ein Dollargeschäft gemacht hat, befindet sich in einem geradezu märchenhaften Wohlstand, der es jetzt zwingt, sein Kapital in Europa anzulegen, damit es nicht gänzlich unverwertet auf den Banken liegt. Außer den reichslosen amerikanischen Kapitalisten, an deren im Kriege erworbenen geschätzten Geldern das Blut hunderttausender deutscher Soldaten klebt, die mit amerikanischen Waffen und amerikanischer Munition getötet wurden, gibt es noch andere Kriegsgewinnler, und zwar sind das die Polen, die Tschechoslowaken und einige Balkanstaaten. Diese gänzlich unbrauchbaren Staatsgebilde haben sich wie wucherndes Sumpfgewächs zur üppigen Blüte entwickelt und bilden weiterhin eine ständige Kriegsgefahr für Europa. Man sollte wirklich annehmen, daß die furchtbaren Erfahrungen der letzten 10 Jahre das Gewissen der Völker auferweckt hätten, um mit der unklugen Gewaltspolitik zu brechen, aber der Geist der Unterdrückung leidet wahre Orgien und läßt die Stimme der Vernunft mit seinem lauten Geschrei nicht zu Gehör kommen.

Wenn Herriot wirklich ein überzeugter Anhänger der Politik der Verständigung sein will, dann muß er aber auch die Tatsache anerkennen, daß der Deutschland ausgenutzte Friedensvertrag von Versailles ein so ungeschickliches Unrecht ist, daß an diesem Unrecht sich das Schicksal Frankreichs erfüllen muß, wenn er sich nicht beist, es wieder gutzumachen. Man hat Deutschland nicht nur Elbsch-Lothringen abgenommen, sondern man hält seine wichtigsten Gebiete militärisch besetzt. Kein deutsches Land, wie das Saargebiet, Ostoberschlesien, Teile Ostpreußens, Danzig, das Memelland usw. hat man gewaltsam vom deutschen Staatskörper losgelöst und es unter Fremdherrschaft gestellt. Man hat Deutschland nicht nur völlig entwaffnet, sondern auch der rücksichtslosen Herrschaft der Gewalt dadurch die Krone aufgesetzt, daß man mit Truppenmacht in friedliches deutsches Land eindringt und die Bevölkerung dem Terror einer farbigen Soldateska aussetzt. Der Einbruch in das Ruhrgebiet ist eine blutende Wunde am deutschen Volkstörper, die nicht eher heilen kann, als bis der letzte französische und belgische Soldat zurückgezogen worden ist. Herriot sträubt sich jetzt in London, die erforderlichen Zugeständnisse zu machen, damit auf der Grundlage des Sachverständigen-Gutachtens eine vorläufige Lösung des Reparationsproblems erfolgen kann. Glaubst du denn, daß er die von ihm geplante Politik der Verständigung auch nur einen Schritt vorwärts bringen kann, ohne dem deutschen Volk für die unerhörten Verleumdungen Genugtuung gegeben zu haben? Das deutsche Volk wünscht in seiner Mehrheit keinen neuen Krieg, aber die elementaren Grundzüge der Logik zwischen den Gedanken an ein derartiges Unrecht ohne Weiteres auf, wenn das an Deutschland begangene Unrecht nicht endlich wieder gutgemacht werden soll. Es wäre ein unersetzlicher Irrtum, zu glauben, daß der durch den Versailler Vertrag geschaffene Zustand eine Grundlage für den Weltfrieden bildet. Das Gegenteil davon ist wahr! Der Versailler Vertrag gibt dem deutschen Volke keine Möglichkeit, durch Arbeit und Friedfertigkeit einen wohlwollenden Zustand der Ruhe und des Wohlstandes zu er-

Enttäuschung in Berlin.

Berlin, 30. Juli. Die abermalige Verzögerung der Einladung Deutschlands zur Londoner Konferenz hat in den Berliner Kreisen eine schwere Enttäuschung hervorgerufen. Die deutsche Delegation, die für Mittwoch die Adresse nach London vorgelesen hatte, wird kaum vor Sonntag oder Montag Berlin verlassen können, da deutscherseits nicht beabsichtigt ist, sich in London die Rolle eines Türensüßers zu lassen, den man auf den Eintritt warten läßt. Man versteht nicht, daß die Dinnuschierung der Dinnuschierung Deutschlands entwürdigend empfunden werden muß, nachdem die deutsche Regierung bereits Ende der vorigen Woche von den Londoner Konferenzmächten ersucht worden war, eine Delegation zur Abreise bereit zu halten. Wenn die Konferenzmächte darauf bestehen sollten, sich vorerst über die Grundlagen der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens zu einigen, so ist es auch nicht zu erwarten, daß die deutsche Regierung bereit sein würde, sich auf eine weitere Verzögerung einzulassen. Jedenfalls ist die optimistische Stimmung der Berliner politischen Kreise erheblich gesunken, und man glaubt heute, daß die Schwierigkeiten der Londoner Konferenz von Tag zu Tag größer werden. Während man bisher der Meinung war, daß ein Scheitern der Konferenz ganz ausgeschlossen sein würde, hält man es heute nicht für unmöglich, daß in London überhaupt keine Ergebnisse erzielt werden. Die deutsche Regierung ist jedenfalls nicht gewillt, sich auf eine Taktik des Festhaltens einzulassen, und man hält es daher für notwenig, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die deutsche Delegation ihre bestimmten Vollmachten hat, aber die unter keinen Umständen hinausgegangen werden kann.

Die Tätigkeit der Konferenz.

London, (Funkpruch.) Die Tätigkeit der alliierten Konferenz beschränkte sich gestern auf die Zusammenkunft der Hauptdelegierten am Vormittag und auf eine Sitzung des Justizkomitees am Nachmittag. Wahrscheinlich findet heute keine Vollziehung der Konferenz statt, aber eine Sitzung der Hauptdelegierten. Am heutigen Nachmittag wird, wie verlautet, die französische Delegation damit beschäftigt sein, den Entwurf einer Formel auszubereiten, die der Konferenz unterbreitet werden soll zu dem Zweck, die Vertreter der Bankiers zufriedenzustellen. Man erwartet, daß der Entwurf im Laufe des heutigen Tages fertiggestellt sein wird.

Zur Frage der Verflechtungen.

Paris, (Funkpruch.) Ueber den angelegentlichsten neuen Kompromißvertrag der französischen Delegation zur Frage der Verflechtungen und Sanktionen berichtet Davaos aus London, der französische Vorschlag bestehe darin, daß man jedesmal dann, wenn die Reparationskommission über eine Verflechtung Deutschlands sich ausgesprochen hätte und nicht imstande wäre, allseitige Übereinstimmung zu erzielen, eine schiedsgerichtliche Entscheidung in Anspruch nehmen würde. Die Reparationskommission würde in diesem Falle die Entscheidung an ein Komitee von beispielsweise drei Schiedsrichtern verweisen, darunter ein Amerikaner. Es verlautet, daß Macdonald die leitenden Gedanken des französischen Entwurfs auf genommen habe. Der englische Sachverständige werde gemeinschaftlich mit dem französischen Sachverständigen von der Reparationskommission einen gemeinsamen Text vorbereiten. Nach Auffassung der französischen Delegation wäre die Annahme dieses Kompromisses davon abhängig zu machen, daß Frankreich seitens der dritten Kommission Zugeständnisse in der Frage der Sachlieferungen gemacht würden, die einer Garantie von Seiten Deutschlands bedürften.

Um die militärische Räumung.

Paris, (Funkpruch.) Der Sonderberichterstatter des Echo de Paris berichtet, die markanteste Tatsache, die er zu verzeichnen habe, sei die Wandlung Herriot's in Bezug auf die militärische Räumung des Ruhrgebietes. Das Verdienst dafür, dessen Bedeutung man allerdings nicht überstreifen dürfe, müsse er General Nollet zuschreiben, der

seit drei Tagen nicht aufhöre, Herriot zu bestärken. Es sei jetzt wahrscheinlich, daß die französische Delegation versuchen werde, die militärische Räumung, die auf alle Fälle gradweise verschwinden werde, wenn sie nicht mehr von der wirtschaftlichen Delegation begleitet sei, während der Periode beizubehalten, in der man, wenn der Damesplan scheiterte, möglicherweise den Versuch machen könne, das Regime vom 11. Januar 1923 wiederherzustellen. Es verleihe sich von selbst, daß ein derartiger Plan nur Wert habe, wenn das Programm der militärischen Räumung der Kölner Zone mit dem der Räumung des Ruhrgebietes verbunden werde.

Nach dem Sonderberichterstatter des Matin will man französischerseits verlangen, daß die progressive Räumung auf zwei Jahre verteilt werde und man müsse versuchen, die britische Besetzung der Kölner Zone mit der Unweilheit der Franzosen im Ruhrgebiet so lange zu verbinden, so lange die militärische Räumung nicht durchgeführt sei.

Die Sachverständigen zur Räumungsfrage.

London, (Funkpruch.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, die französischen und englischen Sachverständigen seien gestern abend zusammengetreten, um ihre Alternativpläne über die militärische Räumung des Ruhrgebietes miteinander zu besprechen. Sie hätten ihre beiden Pläne in einem umgewandelten, das dem Plan zugrunde liegende Prinzip sei, daß das Tempo der militärischen Räumung durch die Wirtschaftlichkeit bestimmt werde, mit der die deutsche Regierung ihre Verpflichtungen aus dem Damesplan ausführe, insbesondere bezüglich der Sachlieferungen an die Alliierten. Unter den Sachverständigen hätten sich General George Soudou, Gutt und Ter Linden befunden.

Wie der Berichterstatter weiter meldet, sind die "großen 5", zu denen noch Dicomte Jobin und der belgische Außenminister getreten waren, gestern vormittag zu einer erneuten Besprechung zusammengetreten. Hier sei als Ergebnis der französisch-belgischen Auseinandersetzungen vom Montag abend endgültig beschlossen worden, daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes vorläufig vollkommen außerhalb der Konferenz bleibe und den Gegenstand besonderer Verhandlungen zwischen den beiden Besatzungsmächten und der deutschen Regierung bilden solle. Ueber diese Verhandlungen würden die übrigen Alliierten natürlich vollkommen unterrichtet werden. Mit diesem Beschluß stimme die Bedingung überein, daß die Probleme der alliierten Schulden und der Sicherheit außerhalb der Programms der augenblicklichen Konferenz liegen.

Staatssekretär Hughes' Stellungnahme.

Paris, (Funkpruch.) Der amerikanische Staatssekretär Hughes gewährte einem Mitarbeiter des Veit Parishes eine Unterredung, in der er u. a. sagte, der Plan Davaos ist keine vollkommene Lösung, er ist kein Ideal, aber er entspricht der Gerechtigkeit und der Vernunft und ist leicht ausführbar. Auf die Frage, ob Amerika bereit sei, die Kosten für die 800 Millionen-Anleihe zu tragen und ob es auch Obligationen zeichnen werde, antwortete Hughes: Sie werden begreifen, daß es mir unmöglich ist, über Einzelheiten dieser Operationen mich auszulassen. Ich kann nur dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß Ihr Erfolg sichergestellt sei. Schließlich warf der französische Journalist die Frage des französischen Imperialismus auf und erwähnte dabei die Frage der Ruhrbesetzung. Hughes erklärte: Ich glaube, die wahre Sicherheit besteht darin, den Paz zu besetzen und die normalen Beziehungen zwischen den Völkern durch die Arbeit aller am Wirtschaftswachstum und seinen Wohlstand nach besten Willen wiederherzustellen. Der Vertreter des Veit Parishes fragte weiter: Haben Sie nicht jüngst erklärt, Frankreich könne im Falle eines Angriffs auf die moralische und materielle Unterstützung der Vereinigten Staaten zählen? Darauf hat Hughes mit bewogener Stimme gesagt: Ich habe nicht das Recht, zu antworten, ich könnte nur die Arbeit derrer fördern, die in London in diesem Augenblick sich bemühen, ein Ergebnis herbeizuführen.

Deutscher Krankentagg.

Der Hauptverband Deutscher Krankentassen hat gestern in Hamburg seine diesjährige Tagung abgebrochen, die sich eingehend mit Fragen der Sozialversicherung befaßte. Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen die erschwerenden Bestimmungen wendet, die den Krankentassen beim Beitragsbeitrag und der Beitragsabführung der Erwerbslosenfürsorge auferlegt worden sind. Wegen der völlig unzureichenden Erwerbslosenfürsorge seien die Krankentassen befristet, vor Aufnahme in die Erwerbslosenfürsorge die Leistungen der Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen. Die Krankentassen seien daher gezwungen, ihre Beiträge wesentlich zu erhöhen, wenn nicht bald durch Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge oder andere geeignete Maßnahmen ihnen eine ausreichende Entlastung zuteil wird. Der Krankentagg hat beschlossen, den Sitz des Hauptverbandes deutscher Krankentassen von Dresden nach Berlin zu verlegen. Damit scheidet auch der langjährige Vorsitzende Präsident Frähdorf aus seinem Amte aus. Er wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Der nächste deutsche Krankentagg soll in Düsseldorf stattfinden.

Ständige Kontrolle in Deutschland?

Paris, (Funkpruch.) Im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte Senator Honorat zur Frage der militärischen Kontrolle in Deutschland, er stehe auf dem Standpunkt, daß auch in Zukunft ständige Kontrollaufschüsse in Deutschland notwendig seien, die den Völkern bei seiner Aufgabe zu unterstützen hätten. Ein dabingehender Vorschlag werde, wie Davaos meldet, der Regierung unterbreitet werden.